

Politisierter Salafismus in Ägypten

Neue Möglichkeiten zur dauerhaften Einbindung in demokratische Prozesse

Asiem El Difraoui

Als es im September 2012 vor westlichen Vertretungen in islamischen Ländern zu Ausschreitungen kam, rückte der Salafismus einmal mehr ins Zentrum weltweiter Aufmerksamkeit. Auch in Ägypten beteiligten sich Salafisten an den gewalttätigen Protesten gegen das anti-islamische Video, das ein Kopte in Kalifornien produziert hatte. Überschattet wurde dabei, dass der Salafismus in Ägypten gerade einen wichtigen Wandel vollzieht. Die große Mehrheit dieser Strömung will zwar weiterhin eine Rückkehr zum Ur-Islam der frommen Altvordenen, partizipiert aber zugleich pragmatisch und gewaltfrei am politischen Prozess.

Zusehends verschwimmt die gängige Dreiteilung der salafistischen Bewegung, wie sie von Islamforschern und Politologen vorgenommen wird. Nach dieser Sichtweise besteht die Strömung aus puristischen Salafisten, die isoliert von der Gesellschaft ihren Glauben leben, den politischen oder »Mainstream«-Salafisten, die sich vor allem gesellschaftspolitisch engagieren, und jihadistischen Salafisten, die mit Waffengewalt einen islamischen Staat errichten wollen. Nun aber entsteht eine neue Form des Salafismus – durch Gewaltverzicht, politisches Engagement, die Teilnahme an Wahlen und die Akzeptanz demokratischer Spielregeln, wie sie bei Vertretern aller drei Gruppen zu beobachten ist. Bezeichnen lässt sich diese neue Form als politisierter Salafismus im Sinne eines Wandels des politischen Bewusstseins und des daraus resultierenden Handelns. Innerhalb des

Islamismus – ein Begriff für alle Gruppen, die eine stärkere Rolle des Islam in Politik und Gesellschaft fordern – verliert damit auch die Unterscheidung zwischen dem politischen Islam der Muslimbrüder und den bisher als apolitisch geltenden Salafisten an Bedeutung.

Nirgendwo spielen Salafisten heute eine so entscheidende politische Rolle wie in Ägypten, dem bevölkerungsreichsten arabischen Land. Sie erhielten bei den Parlamentswahlen 2011/12 über sieben Millionen Stimmen, was sie zur zweitgrößten Fraktion in der (mittlerweile wieder aufgelösten) Volksversammlung machte. Stark vertreten sind sie auch im verfassunggebenden Konvent; an der Staatsspitze wirken Salafisten als Berater von Präsident Muhammad Mursi. Dass Repräsentanten dieser Strömung politische Verantwortung übernehmen, bedeutet eine ideologische Zäsur.

Damit bietet sich auch deutschen Politikern die Chance, mit den Salafisten in einen Dialog zu treten. Ziel sollte sein, diese langfristig in rechtsstaatliche politische Prozesse einzubinden.

Entwicklung des Salafismus in Ägypten

Wahhabitisches Gedankengut, das dem Salafismus zugrunde liegt, wurde in Ägypten bereits Anfang des 19. Jahrhunderts durch Gelehrte aus Saudi-Arabien verbreitet. Die ägyptischen Salafisten von heute berufen sich aber vor allem auf einheimische Gründerväter, etwa auf legendäre Denker der »arabischen und islamischen Renaissance« (Nahda). Die erste salafistische Organisation, Ansar-al-Sunna al-Muhammadiya (»Gefährten der Tradition des Propheten«), entstand 1926 in Kairo – zwei Jahre vor der Muslimbruderschaft. Der apolitische Gelehrtenverein publizierte die wichtigsten salafistischen Schriften und propagierte die Ideologie durch seine Studenten im ganzen Land. Allerdings fand er nicht den gleichen Massenzulauf wie die von Beginn an gesellschaftlich und politisch engagierten Muslimbrüder.

Massiv ausgebreitet hat sich der Salafismus in den 1980er und 1990er Jahren. Die von Saudi-Arabien mit seinen Öl-Milliarden geförderte Verbreitung wahhabitisch-salafistisches Gedankenguts zeigte ihre Wirkung. Außerdem importierten viele der Ägypter, die zu Hunderttausenden zeitweilig im saudischen Königreich arbeiteten, die religiöse Ideologie in ihre Heimat. Um die Jahrtausendwende verhalf das Mubarak-Regime dem Salafismus zu einem weiteren Schub. Es tolerierte zahlreiche informelle Religionsschulen und genehmigte Fernsehsender der puristischen und der Mainstream-Salafisten – unter der Bedingung, dass die Programme nur religiöse Themen behandelten. Viele Salafisten wurden als »TV-Evangelisten« berühmt, darunter führende Politiker von heute wie der zeitweilige Präsidentschaftskandidat Hazem Abu Ismail. Ziel des

Mubarak-Regimes, das sich dem Westen als »anti-islamistisches Bollwerk« anbot, war die Schwächung der Muslimbrüder, der mächtigsten Oppositionsgruppe, durch Stärkung der vermeintlich apolitischen Salafisten.

Als Anfang 2011 der Umbruch in Ägypten begann, verhielten sich die größten salafistischen Gruppierungen und ihre Gelehrten zunächst abwartend. Sie beteiligten sich kaum an den Massenprotesten oder sprachen sich sogar dagegen aus. Umso erstaunlicher war es, dass im Frühjahr 2011 sehr schnell Parteien gegründet wurden, selbst durch ehemalige Jihadisten. Bei den Parlamentswahlen gingen dann 25 Prozent der Stimmen an die »Islamische Allianz« – ein salafistisches Bündnis, bestehend aus der dominierenden Partei des Lichts (Al-Nour), der wesentlich kleineren Partei der Authentizität (Al-Asala) und der aus der jihadistischen Gamaa-al-Islamiyya-Gruppierung hervorgegangenen Partei für Aufbau und Entwicklung (Al-Benaa Wa Al-Tanmia). Die Allianz wurde nach den Muslimbrüdern zur zweitstärksten Kraft im Parlament, weit vor den zersplitterten säkularen Altparteien und den von Revolutionären gegründeten Formationen. Entscheidend für den Erfolg waren die eindrucksvolle Wohltätigkeitsarbeit der Salafisten und ihr Versprechen, die Armut im Land dauerhaft zu bekämpfen. Zudem gelang es ihnen, die Muslimbrüder bei vielen islamistischen Wählern mit dem kompromittierten Mubarak-Regime in Verbindung zu bringen und sich selbst als saubere Alternative darzustellen. Die salafistischen Parteien konnten zudem populäre Islamisten als Kandidaten gewinnen, ebenso wie jüngere Aktivisten, die in der sehr hierarchischen und überalterten Muslimbruderschaft keine Aussicht auf Nominierung gehabt hätten.

Politik verändert den Salafismus

Die politische Partizipation der Salafisten unterhöhlt ihre Kerndoktrin, wonach nur der Koran und die Sunna, die Überlieferungen des Propheten, gültige Quellen von

Glauben und Handeln sind. Bisher verwarfen die Salafisten das über tausend Jahre hinweg von islamischen Gelehrten geschaffene Korpus an Auslegungen zur islamkonformen Lösung realer politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme. Jetzt schaffen sie durch ihr politisches Handeln ein neues Korpus. Dabei verstricken sie sich zunehmend in ideologische Widersprüche.

Die Teilnahme an Wahlen und demokratischen Prozessen verlangt den Salafisten nämlich eine ideologische Akrobatik ab. Bisher galt Demokratie als *taghut*, als Götzenanbetung, da sie mit Prinzipien und Verpflichtungen verbunden sei, die nicht ausdrücklich vom Koran oder in der Sunna vorgeschrieben seien, oder diesen sogar widersprechen. Heute argumentieren die Salafisten, dass sie Demokratie zwar keinesfalls für die ideale Staatsform hielten, aber deren Prozesse als Methode zur langfristigen Schaffung eines islamischen Staates akzeptierten. Dies begründen sie damit, dass der Wille Gottes durch das Volk verkörpert werde, sei es ihm doch gelungen, die ungläubige Despotie zu stürzen. Bei dieser Argumentation verweisen die Salafisten auf eine Überlieferung des Propheten, wonach »die Gemeinschaft der Gläubigen nicht irren kann«. Sich in Wahlen dem Volkswillen zu stellen bedeute damit, den Willen Gottes zu befolgen. Nach Überzeugung der Salafisten wird die Mehrheit der Wähler in Zukunft denn auch für einen islamischen Staat votieren.

Galt bisher das Credo, die einzige islamische Verfassung sei der Koran, so akzeptieren zahlreiche Salafisten heute die Notwendigkeit eines rechtsstaatlichen Grundgesetzes. Allerdings debattieren salafistische Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung vehement darüber, ob die Scharia die wichtigste oder aber die alleinige Quelle der neuen Konstitution sein soll und ob Ägypten als ziviler oder als islamischer Staat zu bezeichnen sei. Die enormen Wirtschaftsprobleme des Landes zwingen politisierte Salafisten ebenfalls dazu, ihre Doktrin zu verbiegen – etwa auch den

Grundsatz, dass Zinsen unter das »Wucherverbot« des Korans fielen. Im September 2012 sprachen sich führende Mitglieder der Al-Nour-Partei, darunter ihr Mitbegründer Yasser Borhamy, für die Annahme eines verzinnten IWF-Kredits aus. Ebenfalls aus wirtschaftlichen Gründen scheinen hochrangige Salafisten gewisse moralpolitische Forderungen abzumildern – etwa nach einem Alkoholverbot auch für westliche Ausländer und einem Ende des »dekadenten« Badetourismus am Roten Meer. Dies ließe sich erst durchsetzen, so aktuelle Stimmen, wenn alternative Einnahmequellen durch »islamischen Tourismus« geschaffen worden seien.

Entgegen der Doktrin der Al-walā' wal-barā' (Loyalität und Lossagung), die eine strikte Ablehnung von Nicht-Muslimen vorschreibt, scheuen Angehörige des heterogenen salafistischen Spektrums in Ägypten auch nicht den Umgang mit Ausländern und Mitgliedern anderer Religionen. Die kleine Gruppe der »Costa-Salafisten«, benannt nach ihren Treffpunkten in einer Kaffeehauskette, hat gemeinsam mit Christen sogar Wohltätigkeitsvereine gegründet.

Gleichzeitig waren salafistische Parlamentarier zuletzt in mehrere Skandale verwickelt, etwa wegen unsittlichen Verhaltens in der Öffentlichkeit oder Enthüllungen um eine – durch die eigene Lehre verbotene – Schönheitsoperation. Diese Affären haben den Salafisten einiges von ihrer Aura religiöser und moralischer Tadellosigkeit genommen. Durch öffentlichen Rechtfertigungsdruck und daraus resultierende Rücktritte sind sie in der Welt demokratischer Realpolitik angekommen. Dies zeigen auch interne Krisen der mächtigen Nour-Partei. Dort kam es etwa zu einer heftigen Kontroverse, weil Spitzenfunktionäre mit der Regierung Mursi zusammenarbeiten. Der Streit ließ sich zwar beilegen, doch die Kompromissbereitschaft gegenüber den Muslimbrüdern könnte die Partei bei den anstehenden Parlamentswahlen zahlreiche Stimmen bei ihrer konservativen Basis kosten.

Generell aber ist salafistisches Gedanken-

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Zum Thema Salafismus siehe auch:

Asiem El Difraoui
jihad.de. Jihadistische Online-Propaganda: Empfehlungen für Gegenmaßnahmen in Deutschland, SWP-Studie 5/2012,
<www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-studien-de/swp-studien-detail/article/jihadistische_online_propaganda.html>

Guido Steinberg
Wer sind die Salafisten? Zum Umgang mit einer schnell wachsenden und sich politisierenden Bewegung, SWP-Aktuell 28/2012,
<www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-aktuell-de/swp-aktuell-detail/article/wer_sind_die_salafisten.html>

gut in der Bevölkerung so fest verankert, dass die Strömung unabhängig von Einzelparteien und deren Krisen eine Kernwählerschaft besitzt. Der beliebte Ex-Präsidentchaftskandidat Hazem Abu Ismail hat bereits eine neue Partei gegründet, die zahlreiche Anhänger gewinnen könnte. Bei den Präsidentschaftswahlen hätte der Salafist laut Umfragen knapp 20 Prozent erhalten. Gemäß dem ägyptischen Wahlrecht wurde er jedoch als Kandidat ausgeschlossen, weil seine Mutter die US-Staatsbürgerschaft besaß. Selbst wenn sich der Salafismus in weitere Parteien fragmentiert, wird er eine einflussreiche Kraft bleiben. Daran ändert auch nichts, dass seine bisherige politische Bilanz von Ägyptern aller Couleur als eher mager eingeschätzt wird.

Politisierte Salafisten als Dialogpartner?

Salafistische Gruppen, die den Rechtsstaat akzeptieren, sind entscheidende Akteure im Transformationsprozess. Durch das politische Tagesgeschäft werden sie pragmatischer, da sie den Wählern konkrete Lösungen für Ägyptens Probleme anbieten müssen. Zugleich sind die Salafisten gezwungen, unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Dabei werden sie sich in doktrinäre Widersprüche verwickeln, die dazu beitragen dürften, den Salafismus als vermeintliches Allheilmittel zu entzaubern. Außerdem fördert es die Legitimation des rechtsstaatlichen Systems in Ägypten, wenn Salafisten dauerhaft daran partizipieren.

Es ist deshalb wünschenswert, dass sich die Salafisten verstärkt in politische Prozesse einbringen. Helfen kann dabei auch die deutsche Politik. Salafistische Abgeordnete zeigen bei parlamentarischen Abläufen einen großen Lernwillen und erheblichen Stolz, an ihnen teilnehmen zu können. Die politischen Stiftungen der Bundesrepublik, vor allem die parteinahen, sollten unter salafistischen Volksvertretern akzeptable Gesprächspartner für deutsche Parlamentarier identifizieren. Ein Austausch mit Abgeordneten des Bundestags, aber auch

der Länderparlamente, könnte ägyptischen Volksvertretern wichtige Erfahrungen mit den Vorteilen eines funktionierenden parlamentarischen Systems vermitteln. Auch sollte gerade die – im Ausland meist unbekannte – jüngere Garde der salafistischen Parteiaktivisten in einen Austausch mit den deutschen Parteien einbezogen werden. Ihnen gilt es die Vorteile innerparteilicher Demokratie zu verdeutlichen. Auch zivilgesellschaftliche Gruppen und Wirtschaftsverbände sollten den Kontakt mit Salafisten nicht scheuen.

Zahlreiche politisierte Salafisten vertreten zwar weiterhin Positionen, die für westliche Demokraten kaum tolerierbar sind, etwa zu Frauenrechten oder religiösen Minderheiten. Gerade um hier Abhilfe zu schaffen, ist ein dauerhafter kritischer Dialog notwendig. Ägyptens politisierte Salafisten übernehmen bereits eine mäßige Mittlerrolle gegenüber weiterhin gewaltbereiten Gruppen des salafistischen oder jihadistischen Spektrums, etwa Takfir wal higrā (Exkommunikation und Exil). So entsandte die Nour-Partei im August 2012 eine hochrangige Delegation in den Sinai, um jihadistische Salafisten zur Niederlegung ihrer Waffen zu bewegen.

Wenn sich salafistische Kernprinzipien durch politische Zwänge verändern, entsteht eine Praxis, die womöglich Signalwirkung auch für andere Länder hat. Das saudische Königshaus etwa könnte durch Anhänger der eigenen salafistischen Staatsdoktrin, des Wahhabismus, unter erhöhten Reformdruck geraten. Selbst der kleinen, aber besorgniserregenden Gruppe deutscher Salafisten, die das System der Bundesrepublik ablehnen und in engem Kontakt mit ägyptischen Salafisten stehen, ließe sich vielleicht zeigen, dass zwischen Verfassungstreue, Demokratie und dem Islam kein Widerspruch bestehen muss.